

# Rente, Regulierung & Co. – das Ende des „Weiter so“?

Veröffentlicht: 21. November 2025 auf LinkedIn

<https://www.linkedin.com/pulse/rente-regulierung-co-das-ende-des-weiter-so-uwe-schroeder-wildberg>

„Erstaunliche Dinge geschehen dieser Tage: Teile der Jungen Union widersetzen sich offen dem Rentenkurs der Bundesregierung und lehnen das von der Koalition im Kabinett beschlossene Rentenpaket wegen unzureichender Generationengerechtigkeit ab. Das EU-Parlament entschlackt mehrere Gesetze zu den Berichtspflichten für Unternehmen und geht dabei teilweise über die Vereinfachungsvorschläge der EU-Kommission hinaus. Offenbar setzt sich langsam bei einigen politischen Entscheidungsträgern die Erkenntnis durch, dass die Strategie des „Weiter so“ in vielen Bereichen nicht mehr zu verantworten ist. Die Frage lautet nun: Alles nur ein Strohfeder oder der Beginn einer tatsächlichen Zeitenwende?“

---

DR. UWE SCHROEDER-WILDBERG  
Vorstandsvorsitzender der MLP SE



**Erstaunliche Dinge geschehen dieser Tage: Teile der Jungen Union widersetzen sich offen dem Rentenkurs der Bundesregierung und lehnen das von der Koalition im Kabinett beschlossene Rentenpaket wegen unzureichender Generationengerechtigkeit ab. Das EU-Parlament entschlackt mehrere Gesetze zu den Berichtspflichten für Unternehmen und geht dabei teilweise über die Vereinfachungsvorschläge der EU-Kommission hinaus. Offenbar setzt sich langsam bei einigen politischen Entscheidungsträgern die Erkenntnis durch, dass die Strategie des „Weiter so“ in vielen Bereichen nicht mehr zu verantworten ist. Die Frage lautet nun: Alles nur ein Strohfeder oder der Beginn einer tatsächlichen Zeitenwende?**

Wenn es ein Thema gibt, bei dem echte Transparenz herrscht, dann ist es die immer stärker erkennbare Schieflage der gesetzlichen Rentenversicherung. Die wachsende Belastung des Bundeshaushalts, die zahlreichen beitragsfremden Leistungen, die das System aufblähen, die ungünstige demografische Entwicklung: Alles ist in seinen Auswirkungen analysiert und extrapoliert, jeder, der es wissen will, kann sehen, wohin die Reise geht. Von daher ist die Enttäuschung über das Rentenpaket der Bundesregierung verständlich. Das fortgesetzte Aussetzen des Nachhaltigkeitsfaktors bis

2031 zugunsten der Älteren (SPD) und das Festhalten an der nicht beitragsfinanzierten Mütterrente (CSU) setzen das System weiter unter Druck, anstatt Entlastung zu bringen. Mancher hat immerhin die Hoffnung, mit einer sogenannten Aktivrente Rentner zum längeren Arbeiten zu bewegen (CDU). Aber nahezu alle Experten sind sich einig, dass dieses Rentenpaket ein schlechter Kompromiss ist, weil es keines der Grundprobleme der Rentenkasse wirklich anpackt. Da hilft auch nicht der mantraartige Verweis auf die Rentenkommission als „Allheilmittel“ gegen die anhaltende eigene Reformunfähigkeit.

### **Endlich die richtigen Fragen**

Ich habe mich schon des Öfteren gewundert, warum die junge Generation, die das ausgeuferte Rentensystem letztlich bezahlen muss, nicht lautstark gegen eine Politik protestiert, die Realitäten einfach ausblendet. Von daher ist der Widerstand der 18 jungen Bundestagsabgeordneten der CDU bemerkenswert. Ob sie am Ende wirklich gegen den Gesetzesentwurf stimmen und damit der eigenen Koalition eine schwere Niederlage zufügen, bleibt natürlich abzuwarten. Aber endlich werden die richtigen Fragen gestellt: Etwa warum es wieder eine Rentenkommission sein muss (die wievielte eigentlich?), die sich Gedanken für die Zeit ab 2032 machen soll, anstatt so schnell wie möglich, also noch in dieser Legislaturperiode, grundlegende Reformen zu beschließen?

In jedem Fall ist der Rentenstreit ein Signal: Der Reformdruck ist in manchen Politikfeldern so groß geworden ist, dass auch der übliche Partei- und Fraktionszwang bei immer mehr Politikern nicht mehr verfängt, um das Falsche zu tun oder das Richtige zu lassen.

### **13.000 neue Gesetze in der EU**

Ein weiteres Beispiel ist der vielbeschworene Bürokratieabbau: Der Mitte November gefasste Beschluss des EU-Parlaments, das europäische Lieferkettengesetz und weitere Bestimmungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen zu entschlacken, macht Mut, dass Europa es schafft, sich von so manchem selbstgeschaffenen Mühlstein zu befreien. Natürlich ist es nicht ohne Ironie, dass die EU Regulierungen, die sie erst vor kurzem geschaffen hat, kurzerhand wieder einkassiert. Aber auch das würde ich positiv bewerten: Je früher die Einsicht, dass das „bürokratische Monstrum EU“ (Friedrich Merz) den Bogen überspannt hat, umso besser ist es. Das Lieferkettengesetz kann nur ein Anfang sein: 13.000 Gesetze, so stellte der frühere EZB-Chef Mario Draghi jüngst in seinem Report zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit fest, seien allein in der ersten Amtszeit von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erlassen worden. In den USA waren es im selben Zeitraum rund 5.000 – und das waren auch schon (zu) viele!

Die große Frage ist: Sprechen wir über Einzelfälle oder lernen die Verantwortlichen wirklich, dass ein „Weiter so“ in der Sozialpolitik, bei der Regulierung oder auch bei Förderung von Technologien nicht mehr funktioniert? Die Beharrungskräfte sind natürlich groß – derer, die die heutigen und künftigen Rentenbezieher vor allem als

unverzichtbare Wählergruppe sehen, oder derer, die Teil des bürokratischen Apparats sind und somit von ihm leben.

### **ETS-2-Verschiebung ist ein Fehler**

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass bei an sich richtigen Entwicklungen mitunter die Wirtschaft selbst für den einen oder anderen Querschläger sorgt. So schießt der jüngste Vorstoß von Teilen der deutschen Industrie, das europäische Emissionshandelssystem (ETS) abzuschaffen, weit über das Ziel hinaus. Das 2005 eingeführte ETS-1 hat, trotz aller regulatorischen Eingriffe, deutlich zur erheblichen Reduzierung der Treibhausgase in der EU beigetragen. Ebenso daneben liegt die Politik mit ihrer Entscheidung, die für 2027 geplante Ausweitung des Systems auf Gebäude und Verkehr (ETS-2) um mindestens ein Jahr zu verschieben. Das benachteiligt deutsche Unternehmen im besonderen Maße, da diese bereits von dem nationalen Emissionshandel für diese Bereiche erfasst sind. Übrigens könnte der Regulierer, sobald der Bereich Verkehr später doch erfasst wird, gleich auf Flottenwerte für die Automobilhersteller verzichten – das wäre ein unmittelbarer Beitrag zum Bürokratieabbau.

### **Blick auf langfristige Notwendigkeiten**

In allen Fällen führen kurzfristige Erwägungen, so verständlich sie sein mögen, dazu, dass die langfristigen Notwendigkeiten aus dem Blick geraten. Ein fairer, auf Marktmechanismen basierender Emissionshandel in der EU wird langfristig ebenso von Vorteil sein wie eine Rentenpolitik, die sich um die Anerkennung und Lösung der tatsächlichen Herausforderungen nicht mehr herumdrückt. Von daher kann man nur hoffen, dass immer mehr Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung den Mut finden, die Reißleine – am besten gemeinsam – zu ziehen, wenn der Zug in die falsche Richtung fährt. Vielleicht deutet sich in diesen Tagen eine tatsächliche Zeitenwende an. Sie wäre bitter nötig.